Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 15 (1995)
Heft: 30

Rubrik: Kontexte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kontexte

Ethnischer Exklusivismus versus Politik des Zusammenlebens - darin liegt eine ganz wesentliche Gretchenfrage für Staaten, Verfassungen und Rechtsordnungen - und auch politische Bewegungen.
Alexander Langer. Nationalismus und Föderalismus in Europa. In: R. Erne et al. (Hg.): Transnationale Demokratie. Zürich. 1995.

Den *Krieg* als eine Zäsur im Leben der kapitalistischen Industrie anzusehen, wäre *freilich* falsch. Vielmehr stellt er, um die berühmte Clausewitzsche Definition abzuwandeln, nur *eine Fortsetzung der friedlichen Produktzerstörung mit andern Mitteln dar*. ... Was die Industrie am meisten liebt, ist der *vertrauenswürdige Krieg*, der Krieg, auf dessen soliden jahrelangen Bestand man rechnen kann, also der Krieg vom Typ des Vietnamkrieges, der sogar mit einer militärischen Niederlage (was ja der Fall gewesen ist) enden darf, da er gleich, ob militärisch gewonnen oder nicht, auf jeden Fall einen triumphalen Sieg der kämpfenden Industriemacht, einen Maximalverbrauch von Wegwerfprodukten darstellt. So gesehen, ist *Vietnam nur scheinbar ein Feind* der USA gewesen. In *Wahrheit* war es, gleich ob es das wollte oder nicht, *deren bester Warenabnehmer, damit deren engster Alliierter*. Welcher andere Kunde ausser einem solchen „Feind" hätte der amerikanischen Industrie die Chance geschenkt, dreimal soviele Bomben zu produzieren und zu verbrauchen wie im ganzen Zweiten Weltkriege?
Günther Anders. Die Antiquiertheit der Feindschaft. In: Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 2, München 1980.

Spiegel: Warum haben Sie in Ex-Jugoslawien selbst empfohlen, die Blauhelme durch eine multinationale Truppe unter Nato-Befehl zu ersetzen - ist das nicht doch Eingeständnis der Uno-Ohnmacht?
Ghali: Hören Sie, wir konnten da immer nur den nächsten Waffenstillstand abwarten. Wir sollten einen Frieden bewahren, den es nicht gab, und wir sollten militärischen Zwang ausüben, zu dem wir kein Mandat hatten. Aber da ist noch ein anderes, ein ethisches Problem: Jugoslawien belastet unverhältnismässig unsere anderen Friedensmissionen. Wir geben dort in fünf Tagen 25 Millionen Dollar aus, soviel Geld wie etwa in Liberia das ganze Jahr - wir konnten uns die Fortsetzung der Operation auch aus diesen finanziellen Gründen nicht leisten.
Spiegel: Haben denn die säumigen Mitglieder ihre Schulden an die Weltorganisation immer noch nicht bezahlt?
Ghali: Nicht annähernd. ... Wir können dichtmachen, wenn in den nächsten zwei Monaten nichts passiert. Wir sind bankrott - so dramatisch ist die Lage. ... Wir können dann keine neuen friedenserhaltenden Missionen mehr angehen, etwa in Afrika, wo wir dringend gebraucht werden und wo man der Uno ohnehin - zu Unrecht, wie ich meine - Vernachlässigung und Messen mit zweierlei Mass unterstellt. ... Eine absurde Situation: Die Uno bräuchte nicht einmal 0,1 Prozent des amerikanischen Verteidigungshaushalts - und kriegt weniger als die New Yorker

Feuerwehr. Da fehlt deutlich der politische Wille.
Spiegel: Die grossen Mächte sind zögerlich, ihre Soldaten, ihr Prestige und ihre Dollar in Konflikte zu stecken, die ihre Sicherheit nicht direkt bedrohen.
Ghali: Noch mindestens 20 Jahre werden wir in diesem Nationalstaatsdenken leben, wird kaum ein Land akzeptieren, dass seine Söhne für die Weltgemeinschaft sterben, angegriffen von irgendwelchen fremden Stämmen. Die Uno erbt die verwaisten Konflikte, um die sich sonst kaum mehr einer kümmert, das weiss ich, da bin ich realistisch. Aber diese verwaisten Konflikte können uns alle teuer zu stehen kommen, wenn wir sie treiben lassen.
Butros Ghali, Uno-Generalsekretär, Der Spiegel 50/1995.

Die angeblich „neue" Sicherheitspolitik der NATO und ihrer europäischen Hauptpfeiler (Frankreich, Grossbritannien und Deutschland) basiert in ihrem Kern auf den klassischen Prämissen und Prinzipien einer traditionellen „Macht- und Militärlogik", die Kriege wieder als durchaus führbar und Streitkräfte dementsprechend als einsetzbare Mittel zukünftiger Politik ansieht und in die sicherheitspolitischen Kalküle einbezieht. Das Dogma von der Ubiquität des Krieges und der „ewigen Institution" des Militärs, also die tiefsitzende Vorstellung von der Unabschaffbarkeit gewalttätiger, militärischer Konfliktaustragung, bildet das „Glaubensfundament", auf dem die „neue", in ihrer militärischen Kernidee letztlich aber alte Sicherheitsideologie gründet.
Wolfgang R. Vogt. Europa: Militär- oder Zivilmacht? In: Ch. Butterwegge/M. Grundmann (Hg.), Zivilmacht Europa. Köln 1994.

Wenn nur die Hälfte der rund 400 Mrd. US-Dollar, die die NATO-Länder jedes Jahr für ihre Verteidigung ausgeben, auf diese Strategie (neuen Marshall-Plan in Osteuropa und der GUS) umbuchten, würden wir die richtige Konsequenz aus I. Kants Essay „Zum ewigen Frieden" ziehen. ... Theoretisch könnte auch die NATO als Friedensbund wirken. Nur müsste sie dann auf alle osteuropäischen Staaten und auf die der GUS erweitert, in ihrer Zielsetzung also umgekehrt werden. Als Verteidigungsallianz blickt sie nach aussen. Als Foedus pacificum, als Friedensbund (i.e. eine internationale Organisation von Demokratien) müsste sie nach innen blicken, dürfte niemanden ausgrenzen, sondern müsste alle ehemaligen Gegner, vor allem Russland, mit einschliessen. Ihnen nur einen Ableger anzudienen, wie die Partnerschaft für den Frieden, reicht nicht aus. ... Die Differenz zwischen der NATO und der OSZE ist weder klein noch fein. Entweder müsste die NATO umgebaut und letztendlich um Russland erweitert werden, oder sie muss Platz machen der OSZE, die als gesamteuropäische Organisation dann die ihr von Kant zu Recht zugedachte Wirkung erbringen würde. Die NATO müsste deswegen nicht abgeschafft, sondern könnte - allerdings drastisch reduziert - als Rückversicherung beibehalten werden. Wer statt dessen auf die NATO-Erweiterung setzt und sie mit der OSZE nur verziert, schwächt den Kontext der Demokratisierung im Osten und verzichtet ganz auf die zweitwichtigste Friedensursache, nämlich die Milderung des Sicherheitsdilemmas.
Ernst-O. Czempiel. Europas Wegweiser zum Frieden. Über die Aktualität von I. Kant. Frankfurter Rundschau, Nr. 89, 1995.